

Mehrgenerationenhaus muss sparen

KÜRZUNG Die Einrichtung erhält für das kommende Jahr nur 38.000 statt bislang 40.000 Euro vom Bund.

VON GWENDOLYN KUHN

FÜRTH - „Ich hab gedacht, ich spinne“, sagt Kerstin Wenzl über den Moment, als sie von der Fördermittelkürzung erfuhr. Die Leiterin des Fürther Mehrgenerationenhauses Mütterzentrum (MGH) ist immer noch erschüttert darüber, dass sie kommendes Jahr 2000 Euro weniger erhalten soll. 38.000 statt wie bislang 40.000 Euro werden künftig vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an das MGH fließen. Betroffen sind von der Kürzung 530 MGHs in ganz Deutschland, davon 89 in Bayern.

Nun mögen 2000 Euro weniger zunächst gar nicht so viel erscheinen. Doch Wenzl, die auch Vorsitzende des Landesnetzwerks bayerischer Mehrgenerationenhäuser ist, sagt: Auch mit 40.000 Euro habe man sehr haushalten müssen. Löhne, Energiekosten und die Inflation machten auch vor ihrer Einrichtung nicht Halt, nun müsse noch mehr eingespart werden.

Aber neben diesen Anstrengungen ärgert Wenzl etwas anderes, nämlich die mangelnde Anerkennung der Arbeit, die die MGHs leisten. Seit sie, so Wenzl, 2006 durch die Bundesregierung ins Leben gerufen wurden, hätten sich diese vorrangig um die Probleme in der Gesellschaft gekümmert. „In jeder Krise, die es seitdem gab, waren wir an vorderster Front.“ Als 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kamen, hätten sich die MGHs um Sprachkurse und Integration gekümmert. Ebenso brachten sich die Einrichtungen ein, als der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seinen Lauf nahm.

Vor allem aber ist es Wenzl wichtig zu betonen, wie viel Einsatz alle während der Pandemie gezeigt hätten. Sie habe alle Lebensbereiche getroffen, vor allem aber hätten die Älteren gelitten. Um sie habe man sich aber extrem gekümmert. „Wir haben den Kontakt zu den Betroffenen hergestellt, ihnen bei einer EDV-Sprechstunde geholfen, Behördengänge via Internet abzuwickeln und haben Einkaufshilfen organisiert, die auch gegen die Einsamkeit helfen sollten“, fasst Wenzl einige der Aktionen zusammen. Um auch die manchmal eher kritisch eingestellten Migranten



Foto: Christin Klose/dpa

Ein Einkaufsdienst für Senioren war eines der vielen Projekte, die das Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum während der Pandemie auf die Beine gestellt hat. Nun muss die Einrichtung mit weniger Geld klarkommen.

von der Wichtigkeit einer Impfung zu überzeugen, habe das MGH Dolmetscher und Extra-Impftermine organisiert. „Das alles haben wir ohne einen Pfennig Geld geleistet“, sagt sie. Dass nun aber, ein Jahr nach der Pandemie, die Mehrgenerationenhäuser Kürzungen hinnehmen müssen, empfindet sie als unerhört.

Die Einschnitte würden auf dem Rücken der Ehrenamtlichen ausgetragen, die hinter den MGHs stehen. In Fürth sind es rund 80, die sich um bestimmte Aktionen kümmern und dabei vom Mehrgenerationenhaus unterstützt werden.

Das Monitoring der Ehrenamtlichen übernimmt Wenzl mit einer ihrer Kolleginnen; 21 Stunden stehen dafür pro Woche zur Verfügung – schon jetzt viel zu wenig, moniert die MGH-Leiterin. 30 Stunden hielte sie für eigentlich nötig, doch finanzi-

ell sei schon jetzt nicht mehr möglich. Denn neben der nun gekürzten Bundesförderung erhält das MGH noch 10.000 Euro von der Kommune – 5000 Euro zahlt die Stadt direkt, weitere 5000 erhält sie über ein Förderprogramm und gibt sie an das MGH weiter. „Von der Stadt erfahren wir viel Rückhalt.“

Kein Geld vom Land

Mittel vom Land gibt es nicht – auch das kritisiert Wenzl. Denn während etwa Berlin, Bremen oder Hessen die Einrichtungen jährlich unterstützen, manche Bundesländer sogar eine Anerkennungsprämie für die Pandemiezeit gezahlt haben, hält sich Bayern hier zurück.

Jetzt, in Zeiten des Wahlkampfes, lese sie auf Plakaten immer wieder, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt werden müsse.

„Genau das tun wir, indem wir zum Beispiel dazu beitragen, dass Senioren länger zuhause wohnen bleiben können“, sagt Wenzl. Anerkennung dafür erfahre man aber nicht.

Stattdessen macht ihr der Gedanke Sorgen, die Kürzung könnte vielleicht nur der Anfang sein und weitere Streichungen könnten folgen. Auch wie es weitergeht, wenn 2028 das aktuelle Förderprogramm ausläuft, treibt sie um. „Wir brauchen eine langfristige Finanzierung, damit wir auch besser planen können.“

Im Moment muss sie sich damit befassen, wie sie mit 2000 Euro weniger im Jahr auskommen soll. Auf keinen Fall möchte sie hierfür die Anerkennungsleistungen für die Ehrenamtlichen auf den Prüfstand stellen, also etwa den gemeinsamen Ausflug oder eine Feier. „An dieser Stelle darf nicht gespart werden“, sagt sie.